Rhein-Neckar Beilage zur *Avanti*

35 / 36 / Juli / August 2017

Avanti²

ISO Rhein-Neckar

Streik im Mannheimer Einzelhandel, 27.06.2017.

Foto: Avanti².

Solidarität mit den Streiks im Einzelhandel!

K. M.

Die Gewerkschaft ver.di hatte den Tarifvertrag über Gehälter, Löhne und Ausbildungsvergütungen zum 31. März 2017 gekündigt. Sie fordert für die rund 490.000 Einzelhandelsbeschäftigten in Deutschland mehr Geld für die KollegInnen.

Im Einzelnen lauten die Gewerkschafts-Forderungen:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 %
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen um monatlich 100 €
- Tarifliches Mindesteinkommen von 1.900 €
- Laufzeit: 12 Monate

Zudem verlangt ver.di von den Unternehmen, gemeinsam die Tarifverträge des Einzelhandels für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Dies war bis zum Jahr 2000 üblich, um Lohndumping im Einzelhandel zu verhindern.

Anfang Mai 2017 legte die Kapitalseite für den Einzelhandel Baden-Württemberg ein „Angebot" vor, das weit unter den zu erwartenden Preissteigerungsraten liegt. Bis Ende Juni blieb diese Position unverändert: Laufzeit 24 Monate, Erhöhungen der Löhne und Gehälter sowie Ausbildungsvergütungen ab 1. Juni 2017 um 1,5 % (nach zwei Nullmonaten), ab 1. April 2018 um weitere 1,0 %. Im Klartext: Die Kapitalisten wollen trotz guter Gewinne deutlichen Reallohnverlust für „ihre" Beschäftigten.

Auch im Einzelhandel gilt: Nur wer kämpft, kann gewinnen! ■

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer Doppelnummer gehen wir in die Sommerzeit.

Unsere Artikel in dieser *Avanti²* befassen sich mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Themen wie den Streiks im Einzelhandel, dem Abbau bei Freudenberg und dem fortgesetzten Mobbing gegen Betriebsräte.

Gegen die Angriffe von Kapital und prokapitalistischer Politik hilft nur organisierter und politisch fundierter Widerstand. Die Kenntnis der marxistischen Theorie und der Klassenkämpfe erleichtert das Vermeiden bereits begangener Fehler. Sie hilft, Erfolge zu erringen.

Wir blicken deshalb erneut auf das russische Revolutionsjahr 1917 zurück. Und wir legen dieser *Avanti²* einen Aufsatz zu „150 Jahre *Das Kapital*" bei.

Wir wünschen Euch eine entspannte Urlaubszeit!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL

01 **EINZELHANDEL**
Streiks gegen Reallohnabbau

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

02 **FREUDENBERG**
Teile und herrsche?

03 **BR-MOBBING**
Weitere Angriffe

04 **BETRIEBSBESETZUNG**
Ohne Chance?

GEGEN RASSISMUS

05 **ANTI-AFD**
Bunte Vielfalt

GESCHICHTE

06 **JULI-TAGE 1917**
Putschversuch der Bolschewiki?

07 **KORNILOW**
Einheitsfront als Gegenwehr

RÜCKBLENDE / TERMINE

08 **1937**
Die Dewey Commission

08 **Termine**

THEORIE BEILAGE

150 Jahre *Das Kapital*
Noch Aktuell?

Freudenberg Weinheim

Teile und herrsche!

B. G.

Von dem Konflikt um die Arbeitsplatzvernichtung bei Freudenberg in Weinheim ist derzeit in der Öffentlichkeit wenig zu hören. Aber die Auseinandersetzung ist noch lange nicht zu Ende. Langfristig geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Verteidigung des industriellen Kerns.

Das Management hat zwar erste „Erfolge" in der Spaltung der Betriebsräte und Belegschaften erzielt, aber umso mehr gilt es jetzt, die Einheit gegen die Kapitalseite herzustellen. Das geht nur durch gemeinsame Versammlungen und weitere Aktionen möglichst vieler Betriebe im „Industriepark". Aktive GewerkschafterInnen sind jetzt gefordert, diese vorzubereiten.

Einen guten Eindruck von der Lage bei Freudenberg geben die folgenden beiden Auszüge aus dem jüngst erschienenen Infoblatt *KBR-Netz*, Nr. 76 des Konzernbetriebsrats bei Freudenberg. ■

Freudenberg geht es gut wie nie! Doch was nutzt es uns?

*Die Zahlen des Jahresabschlusses sind bekannt. Trotz aller „einmaligen Einflüsse" und „Wechselkursschwankungen" bleibt eine satte Steigerungen bei Umsatz und Profit. Trotz der Zukäufe von z.B. Vibracoustic, JVC in Asien oder GIMI in Italien sind die Kassen voll wie selten zuvor. Ein Rekordjahr jagt das andere. Das Management und die Besitzer*innen jubeln. Die Presse posaunt „Wachstums-Champion", „Technologiekonzern wächst" oder „auf Erfolgskurs"!*

*Und wir? Aber da war doch noch was? Diese Kostenfaktoren, die sich Belegschaften nennen. Was kommt bei denen an? In manchen Fällen mal eine passable Tariferhöhung. Oft aber auch sehr wenig oder gar nichts. Und nicht selten Jobverlust, Sozialpläne und Existenzangst. FST in Weinheim verlagert Produktion nach Ungarn, die FFT am gleichen Standort in die Slowakei, FPM schließt die Logistik und baut Personal im Bekleidungsbereich ab. Sozialpläne auch bei Schneegans in Emmrich, Abbau auch bei Belegschaften in Südamerika oder Entlassungen bei Oil & Gas Technologies weltweit. Dazu prekäre Beschäftigung in fast allen Werken und an allen Standorten. Leiharbeit, befristete Beschäftigung oder Werkverträge werden teilweise exzessiv genutzt, auch um die „Stammbelegschaften" unter Druck zu halten. Die Belastung und Verantwortung der einzelnen Kolleginnen und Kollegen nimmt stetig zu. Eine Anerkennung oder Honorierung der Leistungen geschieht aber eher unterdurchschnittlich. Wirklich Kohle bei der Sache machen nur die Eigentümer*innen, deren Besitz stetig wächst, ohne dass sie einen Handschlag dafür tun müssen. Uns bleibt der Kampf um eine gerechtere Verteilung, des von uns geschaffenen Mehrwertes.*

FPM-Logbuch

Costcenter kostet, muss weg - Mitarbeiter kosten, müssen weg - Outsourcen, alles muss weg! Umstrukturierung, Restrukturierung immer wieder!

Und wenn es schief geht, ein bisschen öfter – Lean, Six Sigma, KVP, SCM und … Black Belts – Sparen ist ein Kampfsport.

Die Mitarbeiter: Existenzängste und die üblichen dazugehörigen psychosomatischen Leiden – Haussegen hängt schief.

Letzte Hoffnung: Flucht in die Rente – aber wie finanzieren? – Abfindung? NEIN, Genugtuung? Vielmehr Schmerzensgeld! – Verabschiedungen und Jubiläumsfeiern will eh keiner mehr.

Trotz Rekordgewinnen: verhandeln um jeden Cent, Übelkeit inklusive.

Aber auch die beste Finanzierung wird den üblen Nachgeschmack und die Gewissheit nicht vertreiben, dass man nie mehr der Alte sein wird.

Foto: Avanti².

Protest gegen Abbau bei Freudenberg Weinheim, 27.04.2017

BR-Mobbing und kein Ende?

Die Angriffe erkennen und konsequent Widerstand leisten!

S. K.

Immer wieder werden Angriffe auf Betriebsräte (BR) in der Region und darüber hinaus bekannt. Medien nennen in diesem Zusammenhang die Namen BITO, GE, H&M, IKEA, HYUNDAI, NORA, RHENUS, TESLA, WISAG und anderer mehr oder weniger prominenter Unternehmen.

Firmenleitungen, „Unrechtsanwälte“ und „Beratungsfirmen“ zerstören mit ihren strategisch koordinierten Attacken vor allem sowohl die Gesundheit von sie „störenden“ Betriebsräten als auch deren berufliche und finanzielle Existenz. In der Regel schädigen die Mobber durch ihren Psychoterror massiv auch die Familien der betroffenen KollegInnen.

Es geht hierbei um kriminelle Angriffe auf engagierte Menschen und um Menschenrechtsverletzungen.

Spitze des Eisbergs

Alle bisher öffentlich wahrnehmbaren Fälle sind nur die sichtbare Spitze eines großen Eisberges.

In den letzten Jahren sind offenbar hunderte von engagierten Betriebsratsmitgliedern gemobbt worden. Zehntausende der von ihnen in den Betrieben vertretenen KollegInnen haben also beängstigende Angriffe auf ihre demokratisch gewählten Interessenvertretungen erlebt.

Es gibt im wesentlichen drei Situationen, in denen Firmen aktive Betriebsräte und GewerkschafterInnen mobben.

Erstens, wenn ein Betriebs- oder Personalrat noch gar nicht existiert und erstmals gewählt werden soll. Zweitens, wenn in einem bereits existierenden Gremium sich Kräfteverhältnisse zugunsten aktiver KollegInnen verschieben. Drittens, wenn Kapitalvertreter Personalabbau in großem Ausmaß, Verlagerungen, Firmenverkäufe oder gar Standortschließungen planen und umsetzen wollen.

Stufenmodell der Eskalation

Nach einem geheim gehaltenen „Drehbuch“ inszenieren Manager und deren Berater den Krieg gegen Betriebsräte, die ihr Profitstreben „hemmen“. Mit taktisch genutzten Varianten eines Stufenmodells der Eskalation streben sie die Ausschaltung ihres Gegners an. Die betroffenen Betriebsräte und ihre Belegschaften merken oft gar nicht oder zu spät, was da geschieht.

Die erste Stufe ist die Verzögerung oder gar Verweigerung der gesetzlich vorgeschriebenen Information des BR zu Unternehmensplanungen. Laut Betriebsverfassungsgesetz haben diese „rechtzeitig und umfassend“ zu erfolgen. Ohne sie kann ein Betriebsrat nicht die Interessen der Belegschaft vertreten.

Die zweite Stufe besteht in der Aufnahme von Schein-Verhandlungen mit dem BR, in denen konstruktive Lösungen be- und verhindert werden. Gleichzeitig können so Zeit und Kraft des BR gebunden und die Interessen einer Belegschaft in den Hintergrund geschoben werden.

Die dritte Stufe beinhaltet die Infragestellung der Arbeit aktiver BR oder des gesamten Betriebsrats-Gremiums dar. Dabei gehen die Mobber mit mehr oder weniger subtilen Methoden systematisch vor.

Auf der vierten Stufe werden Betriebsräte auch mit der Drohung und gegebenenfalls dem Beginn juristischer Auseinandersetzungen vor dem Arbeitsgericht konfrontiert. Dabei wird die Verantwortung des Managements vertuscht und der BR als Schädiger des Firmenerfolgs dargestellt.

Mit der fünften Stufe wird das Betriebsrats-Gremium gespalten. In Einzelgesprächen (mit Drohungen, Versprechungen oder Vergünstigungen) zieht das Management einzelne schwache BR-Mitglieder auf seine Seite oder bewegt sie zum Rücktritt.

Die sechste Stufe verstetigt die Attacken auf die „Rädelsführer“ des Betriebsrats. Ziel ist es, sie zur Aufgabe ihres Amtes zu bewegen.

Auf der siebten Stufe wird versucht, den Betriebsrat oder einzelne BR-Mitglieder in der Firma politisch und sozial zu isolieren. Zum Beispiel indem das Management und seien Helfershelfer „Mitarbeiter-Versammlungen“ in Konkurrenz zu Abteilungs- und Betriebsversammlungen des Betriebsrats organisieren.

Mit der achten Stufe wird auf BR auch finanziell Druck ausgeübt. Etwa indem sich die Firma weigert, Kosten der BR-Arbeit zu übernehmen oder indem sie Lohn- und Gehaltsbestandteile kürzt.

Die neunte Stufe beinhaltet die Androhung und eventuell die Umsetzung von zivil- oder strafrechtlichen Schritten gegen Betriebsräte. Dafür werden Gründe gesucht oder konstruiert (z.B. „Sachbeschädigung“ oder „Angriffe“ auf Manager).

Die zehnte Stufe ist erreicht, wenn „Verdachts-Kündigungen“ gegen BR-Mitglieder ausgesprochen werden. Diese sind dann zunächst aus dem Betrieb entfernt. In völligem Widerspruch zum geltenden Rechtsverständnis muss der oder die Beschuldigte die eigene Unschuld nachweisen. Mit Arbeitsgerichts-Verfahren, die sich über Monate oder gar Jahre hinziehen können, werden dann die meisten BetriebsrätInnen endgültig eliminiert.

Was tun?

Gegen BR-Mobbing hilft im konkreten Fall nur wirksamer Widerstand auf betrieblicher, rechtlicher und politischer Ebene.

Die 3. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ hat zurecht die Gewerkschaften aufgefordert, „sich dafür einzusetzen:

- dass die Regierungen der Landes- und Bundesebene alle Fälle von BR-Mobbing dauerhaft erfassen, spezielle Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden und endlich ein wirksames Anti-Mobbing-Gesetz beschließen lassen
- dass der Kampf gegen BR-Mobbing im Bundestagswahlkampf 2017 Gehör findet
- dass die Unternehmerverbände den Einsatz von Anwälten und Beratern, die BR-Mobbing anleiten und unterstützen, in ihren Mitgliedsfirmen unterbinden
- dass die Anwaltskammern, diesen „Unrechtsanwälten“, die das Recht nicht pflegen, sondern missachten, die Zulassung zumindest für das Gebiet des Arbeitsrechts entziehen
- dass schnelle gewerkschaftliche Einsatzgruppen gebildet werden, die gewerkschaftsübergreifend die umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und gemeinsam mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.“ ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Was tun?

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen, Dietrich Growe (Fachanwalt für Arbeitsrecht / Kanzlei Dr. Growe und Kollegen), Susanne Kim (IG Metall) und anderen.

Samstag, 14. Oktober 2017

13.00 - 19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www. gegen-br-mobbing.de.

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim sowie IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 08.06.17).

Vor 10 Jahren

Betriebsbesetzung in Nordhausen – Solidarität in Mannheim

H. N.

Am 10. Juli 2007 besetzten die KollegInnen der Fahrradfabrik Bike Systems in Nordhausen (Thüringen) ihren Betrieb. Zwar hatte sich die Belegschaft mit der Entscheidung des neuen Eigners Lone Star, das Werk an genau diesem Tag komplett zu schließen, schon weitgehend abgefunden. Als das Management dann aber den 135 KollegInnen mitteilte, dass die Firma ihnen nicht mal mehr Abfindungen und ausstehende Löhne und Gehälter bezahlen wollte, brachte der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen.

Die Belegschaft, die bis dahin keine Kampftradition aufweisen konnte, leistete nun Widerstand. Die KollegInnen bauten auf dem Werksgelände ein großes Zelt und Feuerkörbe auf. Sie hielten am Werkstor Wache und begannen offiziell eine 115 Tage andauernde Betriebsversammlung.

Produktion in Eigenregie

Die ArbeiterInnen gingen noch einen entscheidenden Schritt weiter. Sie nahmen mit Unterstützung vor allem der FAU für eine Woche die Fahrrad-Produktion wieder auf. Rund 1.800 „Strike Bikes“ bauten sie in Eigenregie. Die Belegschaft zeigte damit, dass sie keine Kapitalisten brauchte, um ihre Produkte herzustellen. Sie machte zudem mit ihrer großartigen Aktion deutlich, welche Zerstörung von Wissen und Ressourcen eine Betriebsschließung darstellt.

Abgesandte der Belegschaft reisten in alle Himmelsrichtungen. Medienberichte machten eine größere Öffentlichkeit auf das gallische Dorf in Nordhausen aufmerksam. Schnell entwickelte sich eine Solidaritätsbewegung mit „Strike Bike“. Auch in Mannheim fasste sie Fuß.

Mitglieder des Alstom-Betriebsrates organisierten die Fahrt einer Käfertäler Delegation nach Nordhausen. An ihr beteiligte sich gemeinsam mit KollegInnen aus der Produktion vor allem der Alstom-Chor mit Bernd Köhler. In einem gemieteten Bus ging es frühmorgens vom Alstom-Werk auf die lange Strecke nach Nordhausen.

Nach ihrer Ankunft im „Strike Bike“-Werk und der Begrüßung stand für die MannheimerInnen ein unvergessliches Programm an: Besichtigung der „Strike Bike“-Fertigung, Solidaritätskonzert des Alstom-Chors mit Bernd Köhler in der Produktionshalle, Übergabe einer Soli-Spende an die BesetzerInnen, viele Gespräche und sogar gemeinsamer Tanz.

Die Gewerkschaften organisierten damals – von lokalen Ausnahmen abgesehen – keine Solidarität und keinen politischen Druck, um die Finanzierung der Produktion und des Absatzes der „Strike Bikes“ zu sichern. Was – außer Trägheit und Anpassung an die Logik das Kapitalismus – hat die Herstellung und den Verkauf zehntausender Fahrräder aus Nordhausen verhindert? Hätte mit einer solchen Kampagne nicht Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern deutlich gemacht werden können, dass es möglich ist, Arbeitsplätze statt Betriebsschließungen zu finanzieren?

Was bleibt?

Der unter anderem mit Mannheimer Material angereicherte Dokumentar-Film „Strike Bike – Eine Belegschaft wird rebellisch“ gibt auch heute noch einen guten Eindruck von dem Mut der ArbeiterInnen von Bike Systems. Sie kommen in dem Film selbst zu Wort. Sie berichten über die Betriebsbesetzung. Sie erzählen, wie die Idee entstand, die Produktion wieder aufzunehmen, und warum dies „nur“ eine Woche lang möglich war.

Was am Ende bleibt, ist der Beweis, dass Selbstverwaltung der Produktion funktionieren kann. Auch wenn das vom Alstom-Betriebsrat als Betriebsrats-Fahrrad bestellte rote „Strike Bike“ leider nie in Käfertal angekommen sein soll.

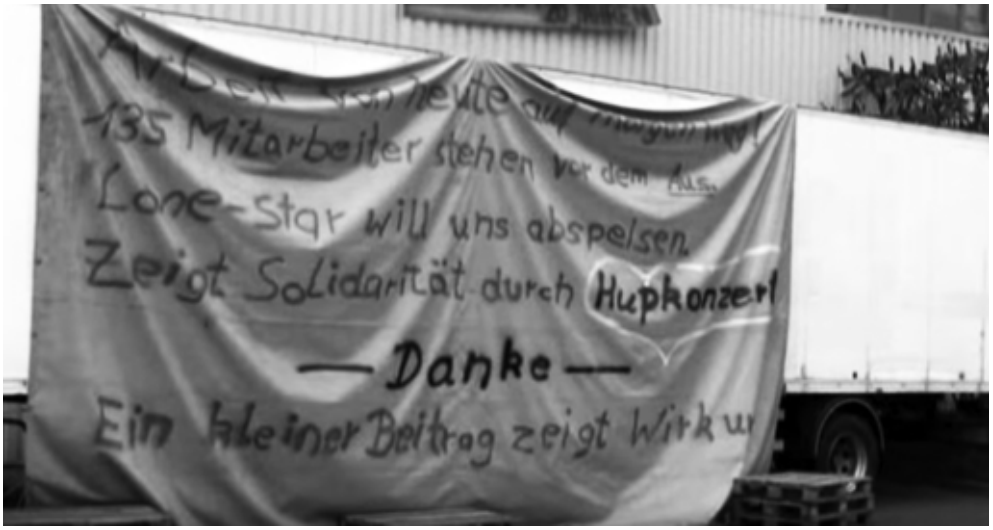
Realkapitalistischer Nachsatz: Ende 2007 versuchten fünf unentwegte Belegschaftsangehörige nach der Abwicklung von Bike Systems einen Neustart als selbstverwalteter Betrieb. 2009 konnten sie über 2.500 Fahrräder verkaufen. Aber im November 2010 musste die Strike Bike GmbH Insolvenz anmelden. Ohne finanzielle und politische Solidarität haben solche Projekte im Kapitalismus keine Chance. ■

Tipp: DVD-Bestellung

Die DVD Strike Bike – Eine Belegschaft wird rebellisch könnt ihr zum Preis von 12,80 € je Stk. inkl. Porto und Verpackung über die Homepage des Neuen ISP Verlages bestellen.

Film in Youtube

www.youtube.com/watch?v=_Jd27Ajyq2c



Standbild aus dem Film „Strike Bike - Eine Belegschaft wird rebellisch“.

Bunte Vielfalt bei Schiller

P. M.

Unter dem Motto „Unser Land – unsere Stadt – unsere Kultur“ begeisterte ein zweistündiges Programm mit Beiträgen aus unterschiedlichen Genres. Mit dabei: Der international besetzte Bahnhofshelferchor, der Schauspieler Michael Timmermann mit Texten rund um Schiller, Opernsänger Lionel Fawcett (Gitarre: Bernd Köhler) mit Freiheitsliedern und Einhart Klucke mit Auszügen aus seinem politischen Kabarett. Monika-Margret Steger und Christiane Schmied interpretierten Songs der Goldenen Zitronen und Eigenkom- positionen und der 85-jährige Willi Heim sang Schlager und Volkslieder zur Gitarre und Mundharmonika. Im Slam-Poetry Stil beschrie und beschrieb Bernhard Wadle-Rohe vom Büro für angewandten Realismus seine Homage der anderen Art an Ludwigshafen bevor die Schauspielerin Bettina Franke mit dem Biermann-Klassiker „Ermutigung” den Schlusspunkt setzte.

Alles in allem, ein gelungener Auftakt der geplanten Veranstaltungsreihe mit der die Künstlerinitiative einen Kontrapunkt gegen die völkisch-kulturpolitischen Zielen der AfD setzen will.

Die nächste Veranstaltung findet am 26. Juli 2017 ab 18 Uhr im Hinterhof von zeitraumexit (Hafenstraße 68) statt.

Für die Initiative Einhart Klucke, Bettina Franke, Bernd Köhler und Monika-Margret Steger ■

Schillerplatz Mannheim, Auftakt am 25.06.2017. Foto: helmut-roos@web.de

Solidarität ohne Grenzen
Was tun gegen die AfD?

2017 finden verschiedene Wahlen statt. Es kommt darauf an, den Aufwärtstrend der AfD durch eine antikapitalistische Politik zu brechen, damit die Unterstützung für die Rassisten durch gewerkschaftlich Organisierte und ärmere Schichten der Bevölkerung gestoppt wird.

Dabei kann es nicht nur darum gehen, der AfD mit dem Stimmzettel eine Abfuhr zu erteilen. Auch eine Beteiligung der Partei Die Linke an Koalitionsregierungen mit SPD und Grünen wird keine grundlegende Wende zum Besseren einleiten. Eher sorgt sie dafür, dass sich weitere Wählerschichten von der Politik ab- oder gar der AfD zuwenden.

Wir können der AfD nicht das Wasser abgraben, ohne zugleich den neoliberalen Kurs der Großen Koalition zu bekämpfen, die den kapitalistischen Konkurrenzkampf in alle Bereiche der Gesellschaft trägt.

Wir setzen uns deshalb ein für eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, für die Rücknahme der Privatisierungen und den massiven Ausbau der maroden öffentlichen Infrastruktur, für ein sanktionsfreies Existenzminimum, die Anhebung des Mindestlohns und eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Wir betonen dabei die Verteidigung der Flüchtlinge und MigrantInnen. Warum offene Grenzen nur für das Kapital und nicht auch für Arme und Menschen in Not? Wir treten entschieden dafür ein, dass alle Menschen gleiche Rechte haben.

Im Kampf gegen Rechts unterstützen wir alle Bündnisse und Initiativen, die auf eine breitest mögliche Einheit aller antifaschistischen Kräfte orientieren. Dabei muss es eineVielzahl von Aktionsformen geben können (Demos, Blockaden u.a.).

Da staatliche Organe erfahrungsgemäß in vielfacher Weise mit rechten Parteien verbunden sind, stehen für uns in erster Linie der solidarische Selbstschutz und die praktische Verteidigung der von Rassisten bedrohten Menschen im Vordergrund.

Dem in der arbeitenden Klasse verbreiteten, rassistischen und nationalistischen Gift kann nur durch eine Klassenpolitik von unten wirksam entgegengewirkt werden. Deshalb unterstützen wir gemeinsame Kämpfe von Flüchtlingen, MigrantInnen, prekären und nicht-prekären Lohnabhängigen.

Deren gemeinsamen Aktionen können die Gewerkschaften auf Trab bringen und die etablierte Politik unter Druck setzen. Nur so gemeinsam können wir solidarische Lösungen und grundlegende Verbesserungen der sozialen Lage durchsetzen.

Gegen rechts braucht es eine breite außerparlamentarische Bewegung, die entschieden gegen die Spaltung der arbeitenden Klasse und für deren gemeinsame soziale Interessen eintritt. Eine Bewegung für Solidarität, die keine Grenzen kennt!

Text aus dem Flugblatt der ISO zum AfD-Parteitag am 22. April 2017 in Köln.

Die Juli-Tage 1917 in Rußland

Ein „gescheiterter Putschversuch“ der Bolschewiki?

Manuel Kellner

Eine große Demonstration am 18. Juni 1917 in Petrograd hatte den inzwischen überwältigenden Einfluss der Bolschewiki unter den Arbeiterinnen und Arbeitern der Hauptstadt gezeigt. Mehr war durch Straßenproteste allein nicht zu erreichen. Doch für einen Aufstand war es zu früh, weil im großen Russland insgesamt noch keine Mehrheit zu sehen war, die einen solchen Umsturz unterstützt hätte. Darum bemühten sich die Bolschewiki seitdem, die siedenden Gemüter zu kühlen. Sie waren bestrebt, die Massen der Hauptstadt von unnötigen Konfrontationen abzuhalten.

Postfaktisches über die Juli-Tage

In der *Süddeutschen Zeitung* vom 8. März 2017 heißt es: „Die linksradikalen Bolschewisten versuchen im Juli 1917 einen Staatsstreich und werden von regierungstreuen Truppen zusammengeschossen“ (www.sueddeutsche.de/politik/russisches-revolutionsjahr-wie-das-zarenreich-unterging-1.3409424-8).

Das ist die Mutter aller *fake-news*, die bürgerliche Journalisten immer noch einer vom andern abschreiben. Das Ziel ist es, die Bolschewiki als Putschisten zu verleumden. Mit der historischen Wahrheit, also mit den damaligen Ereignissen, hat diese an den Haaren herbeigezogene Behauptung nichts zu tun.

Der Generalstreik und die bewaffneten Massendemonstrationen am 3. und 4. Juli (alten Stils) entsprachen der explosiven Stimmung der ArbeiterInnen und der meisten Soldaten der Hauptstadt. Die Bolschewiki hatten unbewaffnete Demonstrationen vorgeschlagen. Sie nahmen an der Aktion Teil, um sie in friedliche Bahnen zu lenken. Die Parteiorganisation der Bolschewiki von Petrograd rief am 6. Juli in Übereinstimmung mit dem Zentralkomitee ihrer Partei zum Abbruch der militanten Aktionen und zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

„Deutsche Agenten“?

Ab dem 5. Juli musste sich Lenin vier Monate lang versteckt halten. Grund hierfür war die absurde Beschuldigung, ein bezahlter Agent des Deutschen Reichs und der Hohenzollern zu sein. Den Bolschewiki wurde von der russischen Regierung vorgeworfen, einen bewaffneten Aufstand zu planen und im Sold der Deutschen zu stehen. In der Folge ließ sie viele Bolschewiki verhaften und ihre Zeitung *Prawda* (Wahrheit) verbieten.

Die Provisorische Regierung erteilte sich selbst Sondervollmachten. Das wurde nicht nur mit der Gefahr von links, sondern auch mit der Gefahr eines reaktionären Militärputschs begründet. Die Reaktion erhob nun ihr Haupt. Die von den russischen Mehrheitssozialdemokraten beherrschten Räte schienen ihre revolutionäre Rolle ausgespielt zu haben. Die Bolschewiki stützten sich in dieser Zeit zunehmend auf die basisnahen Fabrikdelegierten und -komitees. Dort verfügten sie bereits über eine eindeutige Mehrheit.

Das ungeduldige Drängen der großen Mehrheit der ArbeiterInnen Petrograds hatte im Juli 1917 zu einem halbem Aufstand geführt. Dessen Niederschlagung drängte die Bolschewiki fast in die Illegalität. Die Regierung Kerenski bemühte sich mit teilweisem Erfolg um die Entwaffnung der revolutionären ArbeiterInnen. Die besitzenden Klassen und die äußerste Reaktion wurden zunehmend unruhig. Musste man nicht mit diesem ganzen Spuk der Räte und überhaupt mit der Revolution gründlich aufräumen? Die Gefahr eines Militärputschs lag in der Luft. ■

4. Juli 1917, Petrograd, Newski-Prospekt: Regierungstruppen schießen Demonstranten mit Maschinengewehren nieder. *Foto: Wikipedia, gemeinfrei.*

Der Kornilow-Putsch 1917

Einheitsfronttaktik als Gegenwehr?

Manuel Kellner

Mit bewaffneter Repression waren die rebellierenden ArbeiterInnen und Soldaten der Hauptstadt Petrograd zurückgedrängt worden. Die Bolschewiki wurden verleumdet und unterdrückt, und die Provisorische Regierung schien das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen.

Die Atempause für die von Kerenski geführte Regierung konnte aber aus vielen Gründen nicht lange andauern. Der wichtigste Faktor dafür war der völlige Misserfolg der beschlossenen kriegerischen Offensive. Vom 18. Juni bis zum 6. Juli 1917 fielen nach Angaben des russischen Hauptquartiers alleine an der Südwestfront 56.000 Mann. Als Ursache des Scheiterns wurde die Tatsache genannt, dass die Vorgesetzten bis hin zum Oberbefehlshaber bei den Soldaten keinerlei Autorität mehr genossen.

Kerenskis reaktionäres Programm

Oberkommandierender der Armee war damals L.G. Kornilow. Er entpuppte sich mehr und mehr als Kandidat für einen Militärputsch. Dieser sollte nicht nur gegen die Räte, sondern auch gegen die Provisorische Regierung und die Februar-Revolution richten. Sein extrem reaktionäres Programm verwirklichte allerdings die Regierung Kerenski in wichtigen Teilen selbst: Feldgerichte und Todesstrafe für Soldaten, Erhöhung des Brotpreises um das Doppelte, Schutz der Großgrundbesitzer vor Enteignungen, Vorbereitung der Räumung des revolutionären Petrograd, Zusammenziehung von konterrevolutionären Truppen um die Hauptstadt Petrograd im Einvernehmen mit Kornilow.

Am 26. August schiebt Kornilow den schwankenden Kerenski beiseite und führt Truppen gegen Petrograd. Die Bolschewiki sind zu dieser Zeit bestenfalls eine halblegale Partei, von der Kerenski-Regierung verfolgt, die ihrerseits von den Menschewiki und Sozialrevolutionären gedeckt wird. Die Partei Lenins und Trotzkis zögert aber keine Sekunde, um mit ihren politischen Gefängniswärtern gemeinsame Sache gegen den Putsch-General zu machen. Noch im Gefängnis erteilt Trotzki einer Delegation Kronststädter Matrosen folgenden Rat: „Legt Euer Gewehr auf die Schulter von Kerenski und schießt auf Kornilow.“ Sie hätten nämlich am liebsten gleichzeitig mit Kerenski und Kornilow abgerechnet.

Verteidigungskomitees gegen den Putsch

Überall wurden einheitliche Verteidigungskomitees gebildet, in denen die bolschewistische Minderheit bald die führende Rolle spielte. Kornilows Putschversuch endete ohne viel Blutvergießen, weil ihm seine Soldaten angesichts der Breite des Widerstands und der Aussicht, auf ihre Brüder und Kameraden schießen zu müssen, nicht mehr gehorchen wollten.

Trotzki schrieb 1932 rückblickend: „In den letzten Augusttagen wurde Kornilow niedergeschlagen, eigentlich nicht mit Waffengewalt, sondern durch die bloße Einmütigkeit der Massen. Sogleich nach dem 3. September schlug Lenin in der Presse den Menschewiki und Sozialrevolutionären einen Kompromiss vor: Ihr bildet die Sowjetmehrheit, sagte er ihnen. Nehmt die Macht, wir werden euch gegen die Bourgeoisie helfen; garantiert uns volle Agitationsfreiheit, und wir gewährleisten euch friedlichen Kampf um die Mehrheit im Sowjet! Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre lehnten den Kompromiss ab, das heißt den neuerlichen Vorschlag einer Einheitsfront gegen die Bourgeoisie. Diese Ablehnung wurde in den Händen der Bolschewiki ein machtvolles Werkzeug für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, der sieben Wochen später Menschewiki und Sozialrevolutionäre hinwegfegte.“ (*Schriften über Deutschland*, Band 1, S. 228) ■

Regierungstruppen besetzen die Redaktion der Prawda. *Foto: anton-dannat.de.*

1937 – Die Dewey Commission

Die Lügen der Moskauer Prozesse werden enthüllt

H. N.

Zwischen 1936 und 1938 fanden in Moskau auf Befehl des Diktators Stalins vier monströse „Prozesse“ statt. Hauptangeklagte waren jedes Mal die russischen Revolutionäre Leo Trotzki und dessen Sohn Leo Sedow.

Stalin ließ damals fast alle noch lebenden bekannten Bolschewiki und einen Großteil der Führung der Roten Armee unter absurden Vorwänden verhaften und ermorden.

In Coyoacan (Mexiko-City) untersuchte deshalb im April 1937 eine unabhängige Kommission unter Vorsitz des bekannten US-Philosophen John Dewey die stalinistischen Anklagen. Im September 1937 veröffentlichte sie ihre Untersuchungsergebnisse unter dem Titel *The Case of Leon Trotsky*. Das Fazit: Es handelt sich um Schauprozesse. Trotzki und Sedow sind unschuldig. ■

Trotzki bespricht sich mit seinem Anwalt Albert Goldman während der Anhörungen der Dewey-Kommission in Coyoacán, Mexiko.

ISO/IV. Internationale
Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 02.07.2017, 10:30 Uhr, Spurensuche 1848/49 in Rastatt
- DO, 13.07.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 13.07.2017, 17:00 Uhr, Renten-Veranstaltung von DGB und IGM mit Christoph Butterwegge, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 27.07.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Ge werkschaftshaus MA
- FR, 28.07.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA
- SA, 12.08.2017, ISO-Sommerfest
- FR, 25.08.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA

Vorschau September

- MO, 11.09.2017, 19:00 Uhr, USA: Trump und die ArbeiterInnen, Bündnis-Veranstaltung, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim